Abend-Ausgabe. Nr. 386 Mittwoch, 18. August 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,38 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Lieysch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1066 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreis u. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (39 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Klasse B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 20 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Schutz gegen rote Bomber im Mittelmeer

Schießbefehl der britischen Admiralität

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

London, 18. August.

Die gestrige Ministerbesprechung, die unter Edens Vorsitz im Foreign Office zur Erörterung der Lage im Fernen Osten abgehalten wurde, erstreckte sich auch auf die Frage der Handelsschiffahrt im Mittelmeer. Dabei wurden wegen der bolschewistischen Bombenwürfe auf Handelsschiffe ernste Besorgnisse geäußert. Eine nunmehr veröffentlichte Schießanweisung der britischen Admiralität an die Mittelmeerflotte trägt den Bedürfnissen der Notwehr Rechnung.

Die amtliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierung Seiner Majestät ist ernstlich beunruhigt durch die in letzter Zeit ansteigende Zahl von Angriffen auf die Schiffahrt im Mittelmeer und durch die Erweiterung des Gebietes, in dem diese Zwischenfälle jetzt stattfinden. Die Regierung Seiner Majestät hat durch die Admiralität Anweisungen ergehen lassen, daß, falls irgendein britisches Handelsschiff von einem U-Boot ohne Warnzeichen angegriffen wird, die Schiffe Seiner Majestät ermächtigt sind, diesen Angriff zu erwidern."

Dazu schreibt der diplomatische Korrespondent der „Times": Vor kurzer Zeit schon hätten die britischen Schiffe Anweisung erhalten, das Feuer zu eröffnen, wenn sie angegriffen würden. Im April z. B. habe der englische Zerstörer „Gallant" das Feuer eröffnet, als Flugzeugbomben in seine Nähe fielen. Die gestern den britischen Kriegsschiffen gegebene Anweisung stelle im Grunde nichts weiter dar als eine logische Erweiterung der früheren Anweisung. Der in der gestrigen amtlichen Mitteilung angewandte Ausdruck „Erweiterung des Gebietes" beziehe sich höchstwahrscheinlich auf den Angriff, der auf der Höhe der Dardanellen auf einen Oeltanker erfolgt sei.

*

Angesichts der ständig wachsenden Bedrohung der englischen Handelsschiffahrt durch das Mittelmeer nach Indien und dem Fernen Osten nimmt diese Maßnahme der englischen Admiralität nicht wunder; um so mehr als man hört, daß die Sowjets mit neuen riesigen Kriegslieferungen nach Rotspanien beschäftigt sind. So sollen wieder zahllose Bomber, Geschütze, Tanks, Brennstoffe und Lebensmittel nach Barcelona und Valencia kommen. In dem Bestreben Moskaus, durch diese gesteigerten Lieferungen, die mit der gestern gemeldeten Geheimkonferenz bei Stalin in innerem Zusammenhang stehen werden, eine Entscheidung auf der Pyrenäenhalbinsel zu erzwingen, gehen die Sowjets schon längere Zeit auch gegen englische Schiffe skrupellos vor. Um so notwendiger war diese Schutz- und Warnungsmaßnahme der englischen Regierung, die allerdings reichlich spät an die Oeffentlichkeit dringt. Es bliebe die Frage, warum man sich wohl bisher vor einer Veröffentlichung der bereits bestehenden Anweisung scheute? Wollte man etwa die Moskauer oder die Valencia-Regierung, wenigstens nach außen hin, nicht verschnupfen?

Englische Zusicherungen an die Zionisten

Enthüllungen über eine Unterredung des Zionistenführers mit dem Kolonialminister

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. August

Ein Dokument über die Palästinaverhandlungen der englischen Regierung, das von der jüdischen „Jewish Chronicle" veröffentlicht wurde, hat in London größtes Aufsehen hervorgerufen. Es handelt sich um den angeblich wörtlichen Bericht einer Unterredung zwischen dem Zionistenführer Chaim Weizmann und dem englischen Kolonialminister Ormsby Gore, die wahrscheinlich nach der Veröffentlichung der Teilungsvorschläge für Palästina stattgefunden hat.

Zu einer Zeit also, als man sich im englischen Parlament zu dem Bericht der Palästinakommission äußern konnte, gab der Kolonialminister dem Zionistenführer, der ja zur Zeit auf dem dortigen Kongreß eine Rolle spielt, bestimmte Zusicherungen über eine Abänderung des Aufteilungsplanes nach den zionistischen bzw. jüdischen Wünschen. Chaim Weizmann teilte darin mit, daß er sich sehr vorsichtig in der Unterhausaussprache zu dem Palästinabericht aussprechen würde. Während Weizmann die Echtheit des Dokumentes kaum noch bestreitet, hat es der Kolonialminister abgelehnt, sich irgendwie dazu zu äußern. Sollte jedoch das Dokument echt sein, so würde es bedeutenden Einfluß auf die weitere Entwicklung des Palästinaproblems nehmen.

Gottlosenkongreß nach London verlegt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. August.

Der geplante große internationale „Kongreß der Gottlosen", der ursprünglich in Brüssel abgehalten werden sollte, wird nunmehr doch nicht nach den zahlreichen Protesten der belgischen Presse in der belgischen Hauptstadt zusammentreten. Der Kongreß soll jetzt in London stattfinden. Die belgische Presse, vor allem das rechtsstehende „National Belge", das Organ der Rechtsbewegung der Pays Réel, das angesehene flämische Organ der Brüsseler „Standaard" und schließlich „L'Independence Belge" haben seit Wochen bereits in ihrem Kampfe gegen den Bolschewismus alle die Argumente ins Treffen geführt, die bereits seit Jahren von Deutschland zur Kennzeichnung der bolschewistischen Gefahr für Europa geltend gemacht worden sind.

Das Wiener Ordnungsschutzgesetz

Wien, 18. August.

Wie gemeldet, hat die österreichische Bundesregierung die bisherigen Erlasse zur Abwehr von Angriffen auf den politischen Status des Landes in einem neuen Gesetz zusammengefaßt. Dieses „Ordnungsschutzgesetz" verbietet nach wie vor die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, den steirischen Heimatschutz, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs sowie die Kommunistische Partei. Jede Werbung und die Förderung der Bestrebungen einer dieser Parteien ist strafbar, ebenso das öffentliche Zeigen von Fahnen, Flaggen, Standarten und Wimpeln sowie das Tragen von Uniformstücken und Abzeichen.

Außerdem dürfen im Zuge eines Verfahrens Haus- und Leibesuntersuchungen stattfinden. Ebenso können die Sicherheitsbehörden von den Post- und Telegraphenämtern Kenntnis über den Inhalt von Postsachen, von Telephongesprächen und Depeschen verlangen. Erscheint die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch Personen oder regierungsfeindliche Bestrebungen gefährdet, so kann auch für einen Zeitraum von längstens drei Monaten Unterbringung in einem Konzentrationslager von dem Sicherheitsdirektor — in Wien vom Polizeipräsidenten — angeordnet werden. Eine Berufung gegen diese Maßnahme ist bei dem zuständigen Bundesminister zulässig, hat aber keine aufschiebende Wirkung. Nach den Bestimmungen, die den verschärften Ordnungsschutz umfassen, der vom Bundeskanzler selbst verhängt werden muß, können die sonst vorgesehenen Geld- oder Freiheitsstrafen verdoppelt werden.

Litauische Staatsangehörigkeit anerkannt

Berlin, 18. August.

In den deutsch-litauischen Schiedsverfahren über strittige Staatsangehörigkeitsfälle ist heute die Entscheidung des Schweizer Schiedsrichters, Altbundesrichters Viktor Merz, bekanntgegeben worden. In sämtlichen sechs Fällen, nämlich Dr. Häwert, Dr. Lackner, Amtsgerichtsrat Schneider, Amtsgerichtsrat Schwarze, Dr. Schreiber und Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Treichler, ist entsprechend dem Antrag der deutschen Reichsregierung die litauische Staatsangehörigkeit der Memelländer anerkannt worden.

Die neue Reichsanleihe

„Schon wieder eine Anleihe", sagt vielleicht der eine oder andere. Und ergänzend wird er sich dann fragen: „Brauchen wir denn wirklich so viel Geld?" Nein, nicht das ist es, sondern vielmehr das Zusammentreffen von Geldbedürfnis des Staates und großer Geldflüssigkeit. Ein sicherer, ruhiger und gleichmäßiger Strom selbsterzeugter Kapitalmittel durchfließt heute die deutsche Wirtschaft. Alles, was ihr an Krediten zuströmt, kehrt zurück; was an Arbeit, an Produktion und Einkommen von seiten des Staates gefördert wurde, fließt dem Staate wieder zu in Form von gesteigerten Steuereinkommen, verwandelt sich also in neue Wirtschaftswerte. Die erhöhte Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen kommt wiederum dem Verbrauch zugute; ein vernünftig gelenkter Verbrauch bringt starke Ersparnisse, und diese Ersparnisse suchen nach Anlage auf dem deutschen Markt. Diese Anlagemöglichkeit gewährt die neue Anleihe. Daher also die Regelmäßigkeit der Anleihegebung im Deutschen Reich. Dazu kommt, daß Reich, Wirtschaft und Wehrmacht noch mitten im Aufbau begriffen sind, daß der Vierjahresplan erst vor knapp einem Jahr verkündet wurde, daß also das Reich vor riesenhaften Aufgaben steht.

Gewiß, es wäre auch ein anderer Weg der Finanzierung möglich: das dauernde Anziehen der Steuerschraube. Dieser Weg aber würde nicht nur mit einer zusätzlichen Belastung der Industrie, wie insbesondere der einzelnen Volksgenossen, verbunden sein, sondern er würde in erster Linie ein Anziehen der Preise unvermeidlich machen. Deshalb hat sich im Verlauf der letzten Jahre die Anleihepolitik der Reichsregierung als der einzig richtige Weg erwiesen. Denn sie zieht in der Voraussicht auf weiterhin erhöhte Staatseinnahmen gleichsam einen Wechsel auf die Zukunft, indem sie die Lasten auf eine Reihe von Jahren verteilt. Anderseits baut sie auf die freiwillige Mitarbeit der einzelnen Volksgenossen, was also — anders wie die Politik der Steuerschraube — Vertrauen in die Staats- und Wirtschaftspolitik voraussetzt. Gerade an diesem Vertrauensbeweis hat es im Verlauf der letzten Jahre nicht gefehlt. Die nahezu immer überzeichneten Anleihen bieten hierfür den besten Beweis. Außerdem aber bietet die Anleihe, die sich bei dem Ausgabekurs von 98,75 noch etwas günstiger gestaltet, dem einzelnen Sparer durch die Verzinsung von 4,5 Prozent wesentliche Vorteile.

Im krassen Gegensatz zu dieser Politik stehen England und insbesondere Frankreich. Kann es auch wundernehmen, daß in einem Land wie Frankreich, in dem die Weltausstellung von Woche zu Woche infolge der täglichen Streiks gefährdet erschien, in dem die Abwertung bis zum letzten Tag dementiert und dennoch durchgeführt wurde, in dem die Vierzigstundenwoche unter der Parole „Mehr Geld, weniger Arbeit" durchgeführt wurde, jedes Vertrauen des auf seinen sicheren Ertrag hoffenden französischen Rentners erschüttert ist? Nur mit Mühe konnten in unserem westlichen Nachbarland die geringen aufgelegten Beträge gezeichnet werden. Ja, das Mißtrauen geht so weit, daß der Franzose sein Geld lieber in die Kommode als gerade in die Banken Frankreichs legt. Nicht anders in England, wo eine 100-Millionen-Pfund-Anleihe noch nicht einmal bis zur Hälfte bei echten privaten Zeichnern untergebracht wurde. Oeffentliche Zeichner mußten — wie in England so häufig — einspringen, um einen Mißerfolg der Anleihe zu verhindern. Demgegenüber steht der gefestigte deutsche Staatskredit, dessen oberstes Prinzip in der Arbeit liegt, und unter dem die Nachfrage so stark ist, daß die meisten der bisherigen Konsolidierungsanleihen kaum den Anlagebedarf des deutschen Marktes befriedigen konnten. Gibt es einen besseren Vertrauensbeweis in die deutsche Staats- und Wirtschaftsführung?

Ueberreste einer deutschen Polarexpedition entdeckt

In Spitzbergen nach 25 Jahren aufgefunden

Oslo, 18. August

Aus Tromsö wird heute gemeldet, daß ein Schiffer in der Dove-Bai auf Spitzbergen ein altes Zeltlager gefunden hat, in dem sich verschiedene Prismengläser, Reste eines Segeltuchbootes, ein wollgefütterter Schlafsack und Ruder befanden, ferner Munition deutscher Herkunft und ein Aluminium-Kochgeschirr. Ein Teil der Gegenstände, die geborgen werden konnten, wurde von einem Kutter nach Tromsö gebracht. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Ueberbleibsel einer früheren Expedition 20—25 Jahre dort gelegen haben.

Da ein Teil der Ausrüstungsgegenstände deutsche Firmenzeichen trägt, wird hier angenommen, daß es sich um die ersten Funde von der 1912 spurlos verschwundenen deutschen Polarexpedition des Leutnants Schröder-Stranz handelt.

Befreiung von jüdischen Namen

Berlin, 18. August.

Der Reichs- und preußische Innenminister weist in einem Erlaß darauf hin, daß, wenn deutschblütige Personen jüdische Namen führen, Anträgen auf Aenderung dieser Namen stattgegeben wird. Solche Anträge werden regelmäßig auch dann genehmigt, wenn sie von Personen gestellt werden, die einen geringfügigen jüdischen Bluteinschlag aufweisen. Dagegen wird Anträgen von jüdischen Mischlingen im Sinne des Reichsbürgergesetzes auf Aenderung ihres jüdischen Namens nicht entsprochen. Zum Nachweis der Abstammung müssen regelmäßig die Geburts- und Heiratsurkunden der Eltern sowie die Geburtsurkunden der Großeltern oder ein Ahnenpaß vorgelegt werden. In Zweifelsfällen ist die Stellungnahme der Reichsstelle für Sippenforschung einzuholen.

Stärkung der New-Deal-Politik

Washington, 18. August.

Senator Black, der vor kurzem zum Oberbundesrichter ernannt wurde, wurde vom Senat in diesem Amt mit 63 gegen 16 Stimmen bestätigt. Im Senat entwickelte sich ein ungewöhnlich harter Kampf über diese Ernennung. Die Gegner der New-Deal-Politik Roosevelts bekämpften die Bestätigung, indem sie behaupteten, Black habe sich zu stark auf Roosevelts Politik festgelegt.

SLUB
Wir führen Wissen.